



Niederschrift

37. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Donnerstag, 18.10.2007
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Dr. Grittner, Wolfgang	DIE LINKE, KWG	
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Herr Scharlock, Dieter	DIE LINKE	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Herr Kirsch, Wolfhard	SPD	
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab TOP 1.3 (18:07 Uhr)
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	
Herr Schwarze, Wolfgang	DIE LINKE	
Herr Walter, Andreas	BürgerBündnis/FDP	
Herr Witschak, Jirka	SPD	
Frau Müller, Elona Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit		

Nicht anwesend sind:

Herr Mühlberg, Andreas	SPD	entschuldigt
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	entschuldigt
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	entschuldigt
Herr Becker, Hans	BV	entschuldigt
Herr Dörschel, Jens	Grüne/B90	entschuldigt
Herr Henning, Tino	DIE LINKE	nicht anwesend
Frau Mönchmeier, Silke	CDU	nicht anwesend
Herr Rietz, Klaus	CDU	entschuldigt
Herr Siebenhaar, Horst	Seniorenbeirat	entschuldigt
Herr Tack, Thomas	Die Andere	nicht anwesend
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 20.09.2007
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Erarbeitung eines B-Planes zur Sicherung des öffentlichen Uferweg mit Uferpark und nutzbarer Uferzone entlang der Leipziger Straße, Templiner Straße, Judengraben bis zur Fährstelle zum Kiewitt
Vorlage: 07/SVV/0711
Fraktion SPD
- 4 Standesamtliche Trauung im Schloss Kartzow
Vorlage: 07/SVV/0793
Fraktion SPD
mit Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
- 5 Keine Gebührenerhöhung der STEP
Vorlage: 07/SVV/0742
Fraktion CDU
- 6 Verzicht auf Feldversuch Zeppelinstraße
Vorlage: 07/SVV/0749
Fraktion DIE LINKE
- 7 Grüne Welle
Vorlage: 07/SVV/0750
Fraktion DIE LINKE
- 8 Straßenreinigungssatzung 2008
Vorlage: 07/SVV/0811
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 9 Straßenreinigungsgebührensatzung 2008
Vorlage: 07/SVV/0812
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 10 Begrünung Charlottenstraße
Vorlage: 07/SVV/0480
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 11 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Ralf Jäkel. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jäkel informiert, dass ihm folgende Anträge auf Rederecht vorliegen:
Herr Wartenberg und Frau Sonntag zu TOP 4
Herr Paffhausen zu TOP 5

Gegen das Rederecht erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Jäkel stellt richtig, dass zum Tagesordnungspunkt 4 (DS 07/SVV/0793) ein Änderungsantrag der Fraktion Die Andere vorliegt und nicht von der Fraktion Die Linke.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass die Drucksache 07/SVV/0749 (TOP 6) mit der Maßgabe überweisen wurde, die Bürgerversammlung am 22.10.07 abzuwarten.

Frau E. Müller macht darauf aufmerksam, dass bei positivem Votum der Feldversuch noch im November 2007 durchgeführt werden kann. Sie bittet die Ausschussmitglieder, in der heutigen Sitzung die Drucksache zu beraten und sich ggf. in der Pause der StVV am 07.11.2007 zu einem Votum des OUL-Ausschusses zusammenzufinden. Dann könnten die Ergebnisse der Bürgerversammlung in das Votum des Ausschusses einfließen.

Herr Kirsch spricht sich für den Vorschlag von Frau Müller aus, den Antrag im Ausschuss zu diskutieren und nach der Bürgerversammlung ein Votum abzugeben.

Herr Jäkel bittet um Abstimmung darüber, ob in der heutigen Sitzung eine Behandlung der Drucksache 07/SVV/0749 (Verzicht auf Feldversuch Zeppelinstraße) erfolgen soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 3

Der Antrag ist abgelehnt.

Somit wird die Drucksache 07/SVV/0749 zum TOP 6 in der heutigen Sitzung nicht beraten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 20.09.2007

Herr Lehmann weist darauf hin, dass die Antwort der Verwaltung auf die Bürgerbeschwerden zum Patricierweg immer noch aussteht.

Herr Ernst sagt zu, die Antwort anonymisiert als Anlage zum Protokoll auszureichen. Er merkt an, dass hier Abhilfe geschaffen werden konnte.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Frau E. Müller weist darauf hin, dass auf Anregung des Hauptausschusses die Ausschusstermine für den Monat August überarbeitet wurden. Der OUL-

Ausschuss wurde vom 21.08.2008 auf den 28.08.2008 verschoben.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 3 Erarbeitung eines B-Planes zur Sicherung des öffentlichen Uferweg mit Uferpark und nutzbarer Uferzone entlang der Leipziger Straße, Templiner Straße, Judengraben bis zur Fährstelle zum Kiewitt
Vorlage: 07/SVV/0711

Herr Kirsch bringt die überarbeitete Fassung des Antrags ein.

Herr Arndt hätte gern den Entwurf von Fritsch und Kölle von 1935 zur Kenntnis.

Herr Kirsch merkt an, dass es sich hierbei um einen Weg entlang des Ufers handelt.

Herr Jäkel hat diesen Plan vorliegen und bietet an, diesen als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Herr Lehmann befürwortet dies.

Herr Dr. Grittner fragt, ob die Eigentumsverhältnisse geklärt sind.

Herr Kirsch erklärt, dass es sich überwiegend um städtische Grundstücke sind.

Frau Holtkamp erklärt, dass sich die Grundstücke im Eigentum der Stadt befinden, aber im schlechten gestalterischen Zustand sind.

Herr Dr. Schlomm äußert seine Bedenken, da dieser Bereich im Trinkwasserschutzgebiet liegt.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass das Wasserwerk nicht innerhalb des Geltungsbereiches liegt.

Er erinnert die Ausschussmitglieder, dass es ein Uferkonzept der Stadt gibt. Hier kann es sich nur um eine Ergänzung oder Fortschreibung handeln.

Frau Holtkamp bestätigt dies.

Geänderte Fassung des Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Maßnahmenplan für den Bereich der nördlichen Templiner Vorstadt, in den Grenzen Gelände des Wasserwerkes, Leipziger Straße, Templiner Straße/Paetowstraße, Leiterstraße, Templiner Straße Alter Tornow, Judengraben und Haven (zu speziellen Fragen Einbeziehung des Bereiches Hermannswerder) erarbeiten zu lassen, der dem stadtbildprägenden Charakter dieses Gebietes von der Havel und von den südlichen Eingangsstraßen der Landeshauptstadt Rechnung trägt und die Aufenthaltsqualität wieder erhöht.

Darin sollen zu folgenden Punkten Aussagen enthalten sein:

- Sicherung des öffentlichen Uferweges vom Wasserwerk bis zum Fährleger Hermannswerder unter Berücksichtigung der ehemals realisierten Planung von Fritsch und Kölle, einschließlich Zuwegungen,
- Wiederbelebung des Uferparkes unter Wiederherstellung der Sichtbezü-

- ge,
- Prüfung der Erhaltenswürdigkeit baulicher Anlagen und Nutzungsoptionen,
- Restriktionen der Entwicklung, insbesondere aus wasserrechtlichen Vorgaben,
- Entwicklungsvorschläge zu den in diesem Bereich gelegenen Grundstücken unter besonderer Beachtung des Grundstückes Luisenhof.

Im Zuge der Bearbeitung sind Gespräche mit den betroffenen Eigentümern zu führen, um deren Mitwirkungsbereitschaft an der Entwicklung und Aufwertung des Bereiches auszuloten und zu stärken. Städtische Grundstücke sind in Bemühungen zur Aufwertung einzubeziehen.

Dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauen ist erstmalig im März 2008 und danach halbjährlich über den erreichten Stand zu berichten.

Entsprechend der Beschlüsse zur Festlegung von Bearbeitungsprioritäten ist die Planung zunächst in die Priorität 2 einzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 4 Standesamtliche Trauung im Schloss Kartzow
Vorlage: 07/SVV/0793**

Herr Kirsch bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Wartenberg erklärt, dass die Ergänzungen der Fraktion Die Andere komplett vom Antragsteller übernommen werden.

Frau Sonntag macht deutlich, dass das Schloss Kartzow keine öffentliche Gaststätte und auch kein öffentliches Hotel ist. Im Schloss Kartzow gibt es einen Raum, der nicht gaststättengewerblich gewidmet wurde und somit als Eheschließungsraum genutzt werden könnte. Sie macht deutlich, dass alle Berliner Stadtbezirke Verfügung über wesentlich mehr Außenstellen ihrer Standesämter haben, als Potsdam. In anderen Städten werden auch in vielen Hotels Eheschließungen durchgeführt.

Herr Witschak begrüßt den vorliegenden Antrag sowie den Ergänzungsantrag. Er weist darauf hin, dass eine große Vielfalt an Standorten von Vorteil wäre.

Herr Dr. Grittner spricht sich ebenfalls für diesen Antrag aus. Er macht darauf aufmerksam, dass es bisher in den neuen Ortsteilen keinen Ort zur Eheschließung gibt.

Frau Dr. Lotz hält einen Vergleich mit Berlin für ungünstig. Sie fragt, ob seitens des Standesamtes die Eheschließungen an so vielen Standorten mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen sind.

Frau Kluge informiert, dass jährlich über 800 Eheschließungen durch das Potsdamer Standesamt durchgeführt werden. Sie macht auch deutlich, dass sich Le-

benspartnerschaften und Eheschließungen äußerlich nicht unterscheiden. Sie weist darauf hin, dass ein Hotel eine gewerbliche Einrichtung ist, bei der eine Gewinnerzielung vorliegt.

Sie weist darauf hin, dass seit 2002 zusätzlich zum Potsdamer Stadthaus das Herrenhaus des Krongutes Bornstedt, das Maurische Kabinett im Belvedere auf dem Pfingstberg und die Alte Neuendorfer Kirche am Neuendorfer Anger als standesamtlicher Trauort für die Landeshauptstadt Potsdam ausgewählt und gewidmet worden.

Derzeit führen im Standesamt 8 Mitarbeiter die Eheschließungen durch. Sollten die Eheschließungsorte ausgeweitet werden, müsste eine Aufstockung des Personals erfolgen.

Herr Kirsch fragt, ob eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung ausreicht, um festzulegen wo Eheschließungen durchgeführt werden können.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass durch einen zusätzlichen Eheschließungsort nicht automatisch die Zahl der Eheschließungen steigt.

Frau Kluge erklärt dass es rechtlich möglich wäre, per Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung festzulegen, in welchen Häusern Eheschließungen durchgeführt werden sollen. Sie weist aber darauf hin, dass dann das Gleichbehandlungsprinzip greift. Dies bedeutet dann, dass in allen anderen Hotels Eheschließungen durchgeführt werden müssen. Dann würde auf jeden Fall mehr Personal benötigt werden. Sie macht auch deutlich, dass die Gebühr für die Eheschließung an das Standesamt immer gleich ist, egal an welchem Ort die Eheschließung durchgeführt wird.

Herr Lehmann stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: *Ende der Debatte*.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Dem Geschäftsordnungsantrag wird zugestimmt.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird damit beauftragt, zusätzlich zum Stadthaus Potsdam, zum Belvedere auf dem Pfingstberg, zum Krongut in Bornstedt und zur Angerkirche auch im Schloss Kartzow standesamtliche Eheschließungen zu ermöglichen.

+ Ergänzungsantrag:

An diesen Orten soll ebenso die Eintragung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften ermöglicht werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 5 **Keine Gebührenerhöhung der STEP**
Vorlage: 07/SVV/0742

Herr Lehmann bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er bittet um folgende Änderung im Betreff der Drucksache: „Keine Preiserhöhung der STEP“

In der Begründung erfolgt folgende Änderung: (letzte Zeile) Gebührenerhöhung ist durch Preiserhöhung zu ersetzen.

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt: **Die städtischen Aufsichtsratsmitglieder werden sich in der Gesellschaft dafür einsetzen, dass bis zum 31.12.2012 keine Preiserhöhung der STEP an die Stadt Potsdam gestellt werden.**

Herr Paffhausen erklärt, dass durch die STEP die Preise gegenüber das Stadt über mehrere Jahre stabil gehalten werden sollen, Er bietet eine Preisstabilität bis Auslaufen des bestehenden Vertrages im Jahre 2016 an.

Frau E. Müller erklärt, dass die Landeshauptstadt Potsdam alles tun wird, um die Belastungen für die Potsdamer Bürger so gering wie möglich zu halten. Eine Bindung der Mitglieder des Aufsichtsrates hält sie für ungünstig.

Sie schlägt vor, den Antrag klarer zu formulieren.

Der OBM wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zur Erreichung von stabilen Leistungsentgelten bei den beauftragten Dritten zu ergreifen.

Herr Lehmann lehnt dies ab.

Er bittet, ein Votum zu seinem geänderten Antrag abzugeben.

Herr Dr. Grittner spricht sich für den ursprünglichen Antrag aus.

Herr Lehmann ändert den Antrag wie folgt: **Die städtischen Aufsichtsratsmitglieder werden sich in der Gesellschaft dafür einsetzen, dass bis zum 31.12.2016 keine Preiserhöhungsanträge der STEP an die Stadt Potsdam gestellt werden.**

Herr Arndt schließt sich dem Vorschlag von Frau E. Müller an.

Herr Kirsch fragt Herrn Paffhausen, wo bei einer Preisbindung der Nutzen für die STEP besteht.

Herr Paffhausen erklärt, dass hier auch eine Verbesserung der inneren Kosten erfolgen kann. Das Unternehmen kann sich wirtschaftlicher aufstellen.

Herr Witschak hält den Antrag für unseriös und bittet, diesen abzulehnen.

Herr Kirsch fragt, ob die Einsparungen, die dann bei der STEP erzielt werden, bei der STEP bleiben. Er fragt, ob es hier um einen Festpreis oder darum geht, die Gebühren nicht zu erhöhen.

Frau E. Müller erklärt, dass für einen bestimmten Zeitraum eine Basis geschaffen werden, auf der man sich mengenmäßig festlegt. Sie macht auch deutlich, dass dies ein Risiko für beide Seiten ist, da derzeit nicht abzusehen ist, wie sich die Kosten entwickeln.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die städtischen Aufsichtsratsmitglieder werden sich in der Gesellschaft

dafür einsetzen, dass bis zum 31.12.2016 keine Preiserhöhungsanträge der STEP an die Stadt Potsdam gestellt werden.

+ Änderung im Betreff der Drucksache: „Keine Preiserhöhung der STEP“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 1

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

**zu 6 Verzicht auf Feldversuch Zeppelinstraße
Vorlage: 07/SVV/0749**

Die Drucksache wird nicht behandelt.

**zu 7 Grüne Welle
Vorlage: 07/SVV/0750**

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Kirsch weist darauf hin, dass Arbeit an Samstagen und in den Abendstunden die Zahlung von Zuschlägen bedeutet. Er fragt nach den finanziellen Auswirkungen.

Herr Jäkel erklärt, dass hier eine zweckmäßige Abwägung der Vor- und Nachteile erfolgen muss.

Herr Lehmann merkt an, dass dem Bauträger kurze Bauzeiten Gewinn bringen. Er betont, dass er dem zweiten Teil des Antrages durchaus zustimmen kann.

Herr Kirsch weist auf die finanziellen Mittel der Stadt hin.

Herr Witschak spricht sich gegen Bauarbeiten an Wochenenden und Abendstunden in Wohngebieten aus.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass das Verkehrsmanagement u.a. auch im Feldversuch in der Zeppelinstraße erprobt werden soll. Mit einem entsprechenden Verkehrsmanagementsystem könnte auch hier durchaus Einfluss genommen werden.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für eine flüssige Verkehrsabwicklung auf dem Hauptstraßennetz der Landeshauptstadt Potsdam zu sorgen. Dafür sind bei Beibehaltung der Bevorrechtigung des ÖPNV konsequenter als bisher Schaltungen der Lichtsignalanlagen (LSA) zur „grünen Welle“ vorzunehmen, um ein Fließen der Hauptverkehrsströme möglichst gleichmäßig und mit möglichst geringen Emissionen an Lärm, Staub und Abgasen zu erwirken. Weiterhin ist bei allen Baustellen im Straßenraum der Hauptverkehrsstraßen stärker als bisher auf eine Verkürzung der Bauzeiten und deren Beschränkung auf ein unverzichtbares Minimum zu achten. Dabei ist auch verstärkt die Arbeit an Samstagen und in den Abendstunden zweckmäßig einzubeziehen.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen ist im November 2007 über die Ergebnisse der Bemühungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 8 Straßenreinigungssatzung 2008
Vorlage: 07/SVV/0811

Frau Kluge bringt die Drucksachen 07/SVV/0811 und 07/SVV/0812 ein und erläutert diese. Sie weist auf die ausgereichten Tischvorlagen hin, die ebenfalls erläutert werden.

Herr Lehmann nimmt Bezug auf die Tischvorlage und weist darauf hin, dass es in der Straße Am Gehölz keine parkenden Fahrzeuge gibt. Er beantragt, dies zu ändern.

Frau E. Müller greift dies auf und sagt zu, dies bis zur Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2007 zu klären.

Herr Scharlock weist darauf hin, dass rund um die Bibliothek sehr viel Unkraut wächst, das beseitigt werden muss.

Frau E. Müller macht deutlich, dass dies Aufgabe des Grundstückseigentümers oder ggf. bei einer Grünfläche des Bereiches Grünflächen ist. Dies ist nicht mit der Straßenreinigungssatzung zu regeln.

Herr Jäkel befürwortet beide Satzungen im Wesentlichen.

Herr Dr. Schlomm fragt, ob eine weitere Reduzierung der Stellplätze für Glascontainer, insbesondere in Zentrum Ost, vorgesehen ist.

Herr Jäkel regt an, dies in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung aufzunehmen. Die Verwaltung sollte dann dazu berichten.

Frau Müller sagt dies zu.

Frau Kluge sagt zu, die Straße Am Gehölz aus der Ergänzung zur Anlage zur Straßenreinigungssatzung heraus zu nehmen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2008

+ Änderungen gemäß Tischvorlage

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 9 Straßenreinigungsgebührensatzung 2008
Vorlage: 07/SVV/0812

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Die Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2008
+ Änderungen gemäß Tischvorlage

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 10 Begrünung Charlottenstraße
Vorlage: 07/SVV/0480

Herr D. Lehmann bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass es in der Charlottenstraße bisher Baumstandorte gab, an denen die Bäume abgestorben sind und diese dann entfernt wurden. Er fragt, wann das Gesamtkonzept zu Baumstandorten vorgestellt werden kann.

Herr D. Lehmann erklärt, dass die Bäume überwiegend nicht an die Standorte kommen werden, an denen sie vorher waren.

Herr Arndt macht deutlich, dass der ursprüngliche Antrag dazu dienen sollte, kurzfristig darüber nachzudenken, wie diese Straße begrünt werden könnte.

Herr P. Lehmann fragt, ob der Termin zu den abgestimmten Pflanzungen zu Protokoll gegeben werden. Dann müsste der Termin des Gesamtkonzeptes mit Wegen und Plätzen auch benannt werden können.

Herr D. Lehmann erklärt, dass ein zeitlicher Ablauf zum Konzept vorgelegt wird. Die Umsetzung des Konzeptes hängt davon ab, wann und in welchem Umfang die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 11 Sonstiges

Herr Lehmann weist darauf hin, dass auf der Nuthestraße zwischen Sterncenter und Horstweg auf beiden Fahrbahnen ein 30 cm breiter Streifen Schwarzdecke ausgefräst und dann wieder verfüllt. Er bittet um Aufschlüsselung der entstandenen Kosten als Anlage zum Protokoll.

Frau E. Müller nimmt dies auf und bittet den Baubereich um die entsprechenden Zuarbeiten.

Herr Kirsch bittet darum, dass in Babelsberg die Hundetoiletten nachgefüllt werden, da diese sehr oft leer sind.

Nächster Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft:

15. November 2007; 18:00 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses

**Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Ausschussbetreuerin**